

Die israelische Armee bombardiert ein Haus, in das sie vorher palästinensische Flüchtlinge eingewiesen hat. – Stoppt den Krieg in Gaza, organisiert lokale und regionale Proteste!

LUFTPOST

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein
LP 010/09 – 12.01.09**

Israel ließ eine Zuflucht für Zivilisten bombardieren

BBC NEWS, 09.01.09

(http://news.bbc.co.uk/2/hi/middle_east/7819492.stm)

Die israelischen Streitkräfte haben ein Haus im Gaza-Streifen bombardiert, in das sie 24 Stunden früher etwa 110 Palästinenser eingewiesen hatten, hat eine UN-Organisation unter Berufung auf Zeugenaussagen mitgeteilt.

Das UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs / OCHA (das UNO-Büro für die Koordination humanitärer Angelegenheiten) nannte das eines der besorgniserregendsten Vorkommnisse seit Beginn der Offensive.

Bei dem Bombardement, das am 5. Januar in dem südöstlich von Gaza-Stadt gelegenen Vorort Zeitoun stattfand, wurden nach dem UN-Bericht etwa 30 Menschen getötet.

Israel teilte mit, die Anschuldigungen seien überprüft worden und hätten sich als unbegründet erwiesen.



Verschütteter Palästinenser (Foto: Information Clearinghouse)

Yigal Palmor, der Sprecher des israelischen Außenministeriums, äußerte, an dem Tag, an dem sich der Vorfall ereignet haben soll, seien überhaupt keine israelischen Soldaten in dem betreffenden Gebiet gewesen.

In dem OCHA-Bericht heißt es: "Nach Aussagen mehrerer Zeugen haben am 4. Januar israelische Bodentruppen etwa 110 Palästinenser – die Hälfte davon Kinder – in ein einzelstehendes Wohnhaus in Zeitoun evakuiert und ihnen empfohlen, in dem Haus zu bleiben.

Vierundzwanzig Stunden später haben die israelischen Streitkräfte das Haus wiederholt bombardiert und etwa 30 Personen getötet."

Nach dem UN-Bericht sind die gehfähigen Überlebenden zu der 2 km entfernten, in Nord-Süd-Richtung verlaufenden Hauptstraße gegangen, um sich von zivilen Fahrzeugen in ein Krankenhaus bringen zu lassen.

In dem Bericht heißt es weiter: "Drei Kinder, von denen das jüngst fünf Monate alt war, sind nach der Ankunft im Krankenhaus gestorben."

"Keine sichere Zuflucht"

Allegra Pacheco von dem OCHA-Büro in Jerusalem sagte, man beschuldige die Israelis nicht, vorsätzlich gehandelt zu haben, der Vorfall müsse aber untersucht werden.

Sie äußerte auch ihre Besorgnis über Behauptungen des International Committee of the Red Cross / ICRC (des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes), dass Krankenwagen erst am Donnerstag, vier Tage nach dem vorgehaltenen Vorkommnis, in die Nähe (des bombardierten Hauses) durften.

Das ICRC beschuldigte am Donnerstag Israel, seiner Pflicht zur Hilfe für verwundete Zivilisten in Gaza nicht nachzukommen.

"In Gaza wird der Schutz von Zivilisten stark vernachlässigt. Es gibt keinen sicheren Zufluchtsort, keinen sicheren Bereich für die vielen Zivilisten und besonders für die Kinder," teilte Frau Pacheco der BBC mit.

"Seit Beginn der Bodenoperation ist die Zahl der getöteten Kinder um 250 Prozent gestiegen."

Nach Schätzungen sind in der seit bald zwei Wochen andauernden Luft- und Bodenoffensive Israels gegen die militante palästinensische Gruppe Hamas 770 Palästinenser und 14 Israelis gestorben.

Der UN-Sicherheitsrat hat (in einer Resolution) eine sofortige Feuereinstellung und den Rückzug der israelischen Truppen aus Gaza gefordert.

(Wir haben den am Ende abgedruckten Bericht des britischen Senders BBC komplett übersetzt. Wir bitten unsere Leser, dem nachfolgenden Aufruf des Kasseler Friedensratschlags zu folgen und möglichst viele lokale und regionale Protestveranstaltungen gegen das Morden im Gaza-Streifen zu organisieren.)

Stoppt den Krieg in Gaza

Für einen gerechten Frieden im Nahen Osten

Zwei Wochen nach Beginn der israelischen Luftangriffe auf den Gazastreifen ist ein Ende des grausamen Krieges nicht abzusehen: 750 getöteten und mehreren tausend verwundeten Palästinensern (Stand: 9. Januar) stehen ein Dutzend getötete und mehrere Dutzend verletzte Israelis gegenüber.

Diese Relation sagt viel aus über die ungleiche Verteilung von Macht und Waffen im Nahen Osten, es sagt auch viel aus über die Unverhältnismäßigkeit und besondere Härte, mit der Israel diesen Krieg führt. Es sagt aber noch nichts aus über die Ursachen des Krieges und über die Frage, wer denn die Hauptschuld an ihm trägt.

Für die israelische Regierung, Bundeskanzlerin Merkel und US-Außenministerin Rice steht fest: Hamas ist an allem Schuld. Ohne die ständigen Raketenangriffe auf südisraelisches Gebiet wäre die Reaktion der israelischen Armee nicht erfolgt.

Die Wahrheit sieht anders aus. Israel hat sich sowohl gegenüber dem 2005 verlassenen

Gazastreifen als auch gegenüber dem besetzten Westjordanland immer das Recht herausgenommen, militärische Aktionen (gezielte Tötungen, Razzien, Zerstörung von Häusern und Olivenplantagen usw.) gegen Palästinenser durchzuführen. Dagegen haben die Palästinenser seit Jahren mit wechselnden Mitteln (Verhandlungen, Abkommen, Intifada) versucht, ihren Anspruch auf einen eigenen, lebensfähigen Staat mit garantierten Grenzen anzumelden. Trotz zahlreicher UN-Resolutionen (v.a. Res. 242 [1967] und 338 [1973]), Oslo-Prozess und Roadmap ist nichts dergleichen geschehen. Stattdessen festigt und vergrößert Israel seine Herrschaft mit der Ausweitung der völkerrechtswidrigen Siedlungen, dem Mauerbau und dem militärischen Willkürregime im besetzten Gebiet. Eineinhalb Jahre dauerte die israelische Blockade und das Aushungern des Gazastreifens, in dem 1,5 Millionen Menschen auf engstem Raum dahin vegetieren müssen – im größten "Freiluftgefängnis" der Welt.

Die Eskalation der Gewalt hat ihre Wurzeln vor allem im Ergebnis der palästinensischen Wahlen vom Januar 2006, den ersten wirklich freien Wahlen in der arabischen Welt, in denen die Hamas die Mehrheit der Stimmen gewann. Der Westen erkannte die damals gebildete Regierung nicht an, Israel verhaftete zahlreiche Minister und Abgeordnete, die z. T. bis heute im Gefängnis sitzen. Erst dies führte dazu, dass die Hamas im Gazastreifen allein die Macht ergriff. Doch nicht nur ihre Angebote für eine dauerhafte Waffenruhe, auch das Angebot, Israel anzuerkennen, wenn dieses die besetzten Gebiete als Staatsgebiet eines palästinensischen Staates anerkennen würde, blieben ohne positive Reaktion.

Wenn Israel glaubt – und Merkel und Steinmeier wiederholen es gebetsmühlenartig – ein Krieg gegen die Bevölkerung von Gaza könne die Gewalt beenden und auch nur eine Kassam-Rakete stoppen, so ist das eine Illusion. Das Gegenteil wird der Fall sein: Die Wut einer Bevölkerung, die so oder so nichts als ihr Leben zu verlieren hat, wird Israel nicht sicherer machen. Einen Frieden im israelisch-palästinensischen Konflikt kann es erst geben, wenn alle Konfliktparteien gleichberechtigt am Verhandlungsprozess beteiligt werden. Sowohl die Bevölkerung des Staates Israel als auch die Palästinenser haben ein Recht auf ein Leben in Sicherheit.

Wir fordern daher im Einklang mit der jüngsten Resolution 1860 (2009) des UN-Sicherheitsrats vom 8. Januar:

- **Sofortiger Stopp der Luftangriffe auf den Gazastreifen.**
- **Beendigung der Bodenoffensive und "vollständiger Rückzug" der israelischen Armee aus dem Gazastreifen.**
- **Aufgabe der Blockade des Gazastreifens: für einen "ungehinderten Zugang" für humanitäre Hilfe.**
- **Beendigung jeglicher Gewalt gegen die Zivilbevölkerung und "aller Akte des Terrorismus".**
- **Unterbindung illegaler Waffentransporte in den Gazastreifen – Stopp aller "legalen" Waffenlieferungen nach Israel**
- **Einsetzung einer unabhängigen internationalen Kommission zur Untersuchung mutmaßlicher Kriegsverbrechen.**
- **Beendigung der israelischen Besatzung.**

Samstag, 17. Januar 2009:

Mahnwachen, Demonstrationen, Kundgebungen im ganzen Land

Bundesausschuss Friedensratschlag,
Kassel, 10. Januar 2009

V.i.S.d.P.: P. Strutyński, Bundesausschuss Friedensratschlag, c/o DGB - Spohrstraße 6 - 34117 Kassel
Spendenkoto: Kasseler Forum für den Frieden e.V. - Konto-Nummer 217001232 - Kasseler Sparkasse - BLZ 520 503 53

Israel 'shelled civilian shelter'

Israeli forces shelled a house in the Gaza Strip which they had moved around 110 Palestinians into 24 hours earlier, the UN quotes witnesses as saying.

The UN Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (OCHA) called it "one of the gravest incidents" since the beginning of the offensive.

The shelling at Zeitoun, a south-east suburb of Gaza City, on 5 January killed some 30 people, the report said.

Israel says it has looked into the allegations and they are unfounded.

Israeli foreign ministry spokesman Yigal Palmor said no Israeli soldiers had been in the area on the day the incident was supposed to have happened.

The OCHA report said: "According to several testimonies, on 4 January Israeli foot soldiers evacuated approximately 110 Palestinians into a single-residence house in Zeitoun (half of whom were children) warning them to stay indoors.

"Twenty-four hours later, Israeli forces shelled the home repeatedly, killing approximately 30."

The UN said those who survived and were able walked 2km to the main north-south road to be transported to hospital in civilian vehicles.

"Three children, the youngest of whom was five months old, died upon arrival at the hospital," the report said.

'No safe haven'

Allegra Pacheco, of OCHA in Jerusalem, said they were not accusing the Israelis of a deliberate act, but said the incident needed to be investigated.

She also said they were concerned at claims by the International Committee of the Red Cross (ICRC) that ambulances were only allowed access to the neighbourhood on Thursday - four days after the alleged incident.

The ICRC on Thursday accused Israel of failing to fulfil its duty to help wounded civilians in Gaza.

"In Gaza, there is a severe protection of civilians crisis. There is no safe haven, no safe space, for all the civilians, particularly children," Ms Pacheco told the BBC.

"Since the ground operation, the number of children killed has risen by 250%."

An estimated 770 Palestinians and 14 Israelis have died in nearly two weeks of Israel's air and ground offensive against the Palestinian militant group Hamas.

The UN Security Council has called for an immediate ceasefire and the withdrawal of Israeli troops from Gaza.

www.luftpost-kl.de

VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern